

## Das Ende der Apartheid

Vor 20 Jahren fanden in Südafrika die ersten freien Wahlen statt und markierten mit dem ANC-Sieg das Ende der Apartheid. **Seiten 21 und 31**

Fotos: dpa/epa/Nic Bothma (links), dpa/epa (rechts)

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 26./27. April 2014

69. Jahrgang/Nr. 97 Bundesausgabe 2,00 € www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Der Januskopf des Staates

Kurt Stenger über das Für und Wider behördlicher Kontoabfragen

Die Anzahl der Kontoabfragen durch deutsche Behörden hat einen Rekordstand erreicht und steigt weiter. Daumen runter, signalisieren die einen: »Der Trend zum Überwachungsstaat, zur Behördengängelung, zum gläsernen Bürger nimmt immer mehr zu. Freiheitsrechte kommen unter die Räder.« Daumen hoch, signalisieren die anderen: »Wie soll man kriminellen Steuerhinterziehern sonst auf die Schliche kommen? Bekanntlich werden hohe Milliardensummen von Vermögenden dem Fiskus vorenthalten und fehlen dem Staat für öffentliche Investitionen oder Sozialausgaben.«

Es mag paradox klingen: Beide Seiten haben Recht – und zugleich haben sie Unrecht, denn sie ignorieren die Natur des seit dem 19. Jahrhundert weltweit schwer in Mode gekommenen Nationalstaates. Dieser schützt seine Bürger (den einen mehr, den anderen weniger) vor Bedrohungen und erschränkt die Freiheit im Sinne eines wie auch immer definierten Gemeinwohls ein. Auch unter demokratischen Verhältnissen behält der Staat seinen Janus-Kopf. Nur traut er sich selbst nicht über den Weg, weshalb Gerichte eingeschaltet werden und Datenschutzbeauftragte ihm auf die Finger gucken sollen.

Wer sich für Freiheitsrechte und für soziale Gerechtigkeit einsetzt, muss um die Doppelgesichtigkeit des Staates wissen. Beides zusammen ist nicht zu haben. Auch in Sachen Kontoabfragen nützen einfache Parolen wenig – es geht um eine Abwägung, bei der man die Kehrseite der Medaille nicht verschweigen darf.

## UNTEN LINKS

Was Wahrheit ist und was Lüge, was Bericht, was Propaganda – dies einzuschätzen im Konflikt um die Ostukraine, ist für Beobachter aus der Ferne derzeit etwas kompliziert. Aber zum Glück für die Freunde der Wahrheit gibt es neutrale Experten, die uns die Lage erklären: »Was in der Ostukraine passiert, ist eine gut durchdachte und organisierte Militäroperation, und wir gehen davon aus, dass sie auf Betreiben Russlands ausgeführt wird.« (John Kerry). »Wir können heute in ernstzunehmenden Quellen nachlesen, dass es für russische Einflussnahme direkter Art bis dato keine Beweise gibt. ... Wir haben ja OSZE-Berichterstatte da, die haben solches auch noch nicht berichtet« (Matthias Platzeck). Da beide Informationen einander ausschließen, ist man geneigt, wenigstens eine davon für eine Lüge zu halten. Doch das kann sich bald schon als Irrtum erweisen. Die Geschichte war bislang doch stets in der Lage, eine Lüge blitzschnell in eine Wahrheit zu verwandeln. mha

## Gefährliches Tschernobyl

Sarkophag des havarierten Kernkraftwerks brüchig / Atommüll noch im Reaktor



Graffiti in der Geisterstadt Prypjat unweit des AKW Tschernobyl. 1986 ereignete sich dort die bisher schlimmste Atomkatastrophe.

Foto: AFP/Sergei Supinsky

Berlin. Auch 28 Jahre nach der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl ist die Gegend um das havarierte sowjetische AKW verseucht und für Menschen unbewohnbar. Doch einige Wildtiere sind in die Region im Norden der Ukraine zurückgekehrt. Manche Vogelarten profitieren offenbar sogar von erhöhten Strahlendosen, wie Forscher der Universität Paris-Süd im Fachjournal »Functional Ecology« berichten. Die untersuchten Exemplare wiesen – im Mittel aller Arten – weniger DNA-Schäden auf und waren größer.

Am 26. April 1986 war Reaktorblock 4 des Kernkraftwerks explodiert, Tausende Tonnen

radioaktiven Materials wurden in die Umgebung geschleudert. Der radioaktive Fallout ging über weiten Teilen Europas nieder – mit fatalen Folgen: Nach Angaben des Umweltinstituts München hat sich zwischen 1987 und 1995 die Leukämierate bei Kindern in Belarus signifikant erhöht. Diese habe eine unabhängige Untersuchung erstmals nachweisen können – in offiziellen Berichten wird dies verneint.

Die Umweltorganisation Greenpeace wies am Freitag darauf hin, dass der Bau einer neuen Schutzhülle um die havarierte Anlage in Tschernobyl herum bereits zwölf Jahre in Verzug ist und wegen der angespannten Situati-

on in der Ukraine derzeit wieder stockt. Gleichzeitig werde der provisorische Sarkophag, der die austretende Strahlung zurückhalten soll, immer brüchiger. Ungelöst sei noch immer die Bergung der brennstoffhaltigen, hoch radioaktiven Massen im Reaktor.

Gefährlich sind aber auch die in Russland und der Ukraine allesamt noch in Betrieb befindlichen AKW des Typs RBMK, die baugleich mit Tschernobyl sind. Atomexperten berichten von gravierenden Sicherheitslücken sowie mangelhafter Qualifikation des Personals. Auch würden die Sicherheitsbestimmungen immer weiter aufgeweicht. qrt/dpa Seite 5

## Russlands Verteidigungsminister ans Telefon

Kiew kesselt ostukrainisches Slawjansk ein / Russland und Westen mit starken Worten und Dialogwillen

Nach dem tödlichen »Anti-Terror-Einsatz« der ukrainischen Regierung im Donbass gab es am Freitag starke Worte und etwas Hoffnung auf Dialog.

Von Klaus Joachim Herrmann

Mit »Verwunderung« quittierte Russlands Verteidigungsministerium Berichte, dass Pentagon-Chef Chuck Hagel seinen Amtskollegen Sergej Schoigu am Vortag telefonisch nicht erreichen konnte. Es gab kein Signal, verbreitete RIA/Novosti. Das Ministerium sei bereit, mit dem Pentagon »objektiv und konstruktiv« über die Normalisierung in der Ukraine zu sprechen.

Keine Rede sei allerdings von einer Entsendung eines internationalen Friedenskontingents, wies Präsidentenberater Juri Uschakow einen Vorschlag russischer Politiker zurück. Sie hatten vorgeschlagen, eine Friedenstruppe aus den Teilnehmerlän-

dern der Genfer Vereinbarung zu formieren. Die Vorsitzende des Föderationsrates, Valentina Matwijenko, wandte sich strikt gegen eine Entsendung russischer Truppen in die Ostukraine.

Wahrscheinlicher wäre, dass Russland eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats anstrebt, wenn erneut gewaltsam gegen die »Protestbewegung« vorgegangen werde, wie Russlands UN-Botschafter Witali Tschurkin ankündigte.

US-Präsident Barack Obama, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Frankreichs Staatschef François Hollande und die Regierungschefs von Großbritannien und Italien, David Cameron und Matteo Renzi, sprachen über eine mögliche »Verhängung neuer Sanktionen der internationalen Gemeinschaft gegen Russland«, wie der Elysée-Palast in Paris mitteilte.

US-Außenminister John Kerry warf Russland »Sabotage« vor. Sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow klagte, die »Macht der

US-Propaganda« ziele darauf ab, Russland und die Proteste »in den Schmutz zu ziehen.«

Staatspräsidenten und Vertreter von vier Ex-Sowjetrepubliken

»Russland will den dritten Weltkrieg anzetteln.«

Arseni Jazenjuk, Übergangspräsident der Ukraine

und sechs EU-Staaten boten laut dem tschechischen Präsidenten Milos Zeman nach einem Gipfel der Länder in Prag ihre Vermittlung an. Die Ukraine und Russland müssten aber zustimmen.

Der Kiewer Regierungschef Jazenjuk warf Russlands Präsidenten Wladimir Putin vor, mit einem Großmanöver sowie eingeschleusten »Terroristen« eine

»militärische Aggression« auszuüben. »Russland will den dritten Weltkrieg anzetteln«, sagte er.

Die Chefs der ukrainischen rechtsextremistischen Swoboda-Partei, Oleg Tjagnibok, und des »Rechten Sektors«, Dmitri Jarosch, forderten die »Liquidierung der bewaffneten Terroristen« und eine massenhafte Bewaffnung »freiwilliger patriotischer Formationen«.

Kiewer Sondereinheiten kesselten Slawjansk ein, informierte der Chef des Antiterrorzentrums, Wassili Krutow. Pro-russische Kräfte hätten einen Armeehubschrauber auf dem Militärflugplatz in Kramatorsk zerstört.

Die Zentrale Wahlkommission der Ukraine schlug statt eines Referendums eine »Befragung« über den Staatsaufbau vor.

Die Rating-Agentur Standard & Poor's (S&P) senkte Russlands Bonitätsnote um eine Stufe auf BBB – eine Stufe über »spekulativ«. Mit Agenturen Seiten 2 und 7

## Staatliche Neugier auf Konten nimmt deutlich zu

Zahl der Abfragen durch Behörden hat sich 2013 verdoppelt

Berlin. Finanzämter, Sozialbehörden und Gerichte prüfen im Kampf gegen Steuerbetrug und Sozialmissbrauch immer häufiger die Konten von Privatpersonen. Im vergangenen Jahr hat sich die Zahl der Abfragen auf 141 640 gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Das Bundesfinanzministerium bestätigte am Freitag einen entsprechenden Bericht der »Süddeutschen Zeitung«. Die deutliche Steigerung sei aber nahezu vollständig auf die erst seit 2013 möglichen Anfragen von Gerichtsvollziehern zur Existenz von Konten zurückzuführen. Diese Justizbeamten nutzen das Instrument vor allem, wenn sich Schuldner unkooperativ zeigen. Im ersten Quartal dieses Jahres stieg die Zahl der Abfragen weiter – von gut 24 000 auf mehr als 48 000.

Die Abfrage von Kontodaten galt einst als Anti-Terror-Maßnahme. Seit 2005 dürfen Behörden aber auch Konten von Bürgern ermitteln, um Steuerbetrüger und Personen, die unberechtigt Sozialleistungen beziehen, ausfindig zu machen. Zwar erhalten Ämter nur Zugriff auf Daten, wenn ein Bürger Zweifel an Angaben etwa in seiner Steuererklärung nicht ausräumen kann. Auch geht es zunächst nur um Kontonummer und Stammdaten (Name, Geburtsdatum, Adresse). Dennoch sieht die Bundesdatenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff die amtliche Neugierde kritisch. Prüfungen der Aufsichtsbehörden hätten ergeben, dass oft sogar die Begründung für den konkreten Abruf fehle und Betroffene nicht benachrichtigt würden. Daher sei der Gesetzgeber »in der Pflicht, die Befugnis zum Kontenabruf zu überprüfen und auf das unbedingt erforderliche Maß zurückzuführen«.

Von den 2013 erledigten Fällen entfielen 68 648 Abfragen auf Finanzbehörden für steuerliche Zwecke (plus 7019). Fast 73 000 Fälle betrafen Anfragen von Behörden wegen möglichen Leistungsmissbrauchs. Das ist eine deutliche Plus gegenüber den 9077 im Jahr 2012. Laut Finanzministerium gehen 85 Prozent der Anfragen in diesem Bereich auf Gerichtsvollzieher zurück. dpa/nd

## KURZ

### Leck im Öl-Speicher

Gronau. Naturschützer haben die Sicherheit unterirdischer Energiespeicher nach dem Austritt von Öl aus einem Depot im Münsterland infrage gestellt. Angesichts der vergeblichen Suche nach der Quelle des seit anderthalb Wochen austretenden Rohöls, forderte der Bund für Umwelt und Naturschutz die Überprüfung aller Kavernenspeicher für Erdgas und Erdöl. dpa/nd Seite 8

### 14 Tote bei Musikfestival

Kinshasa. Bei einem Massenansturm auf ein Musikfestival in Kongo sind mindestens 14 Menschen ums Leben gekommen. Acht weitere Menschen wurden verletzt, wie die Provinzregierung von Bandundu am Freitag erklärte. AFP/nd

### Springfluten in Afghanistan

Kabul. Springfluten nach schweren Regenfällen haben im Norden Afghanistans mehr als 40 Menschen das Leben gekostet. 80 Menschen würden nach den Überschwemmungen in der Nacht zu Freitag vermisst, sagte der Vizegouverneur der Provinz Dschodschan. dpa/nd

### Neuer Ansturm auf Melilla

Melilla. Rund einhundert Afrikaner haben am Donnerstagabend versucht, von Marokko aus über die Grenzzäune der Exklave Melilla zu kommen. 21 Flüchtlingen gelang es, auf das spanische Gebiet vorzudringen. dpa/nd

ISSN 0323-3375

